

Pressemitteilung

Berlin, 15. Juli 2026

Industrie klimafreundlich umbauen: Emissionshandel braucht verlässliche Begleitmaßnahmen

Die Europäische Kommission veröffentlicht diese Woche ihren Reformvorschlag für den europäischen Emissionshandel. Diese Reform ist notwendig, muss jedoch in ein breites Set an Maßnahmen eingebettet werden, damit die Transformation der Industrie und ihr Umbau hin zu klimafreundlicher Produktion gerade unter den neuen weltwirtschaftlichen und geopolitischen Bedingungen gelingt. Das zeigt eine neue Studie des Öko-Instituts und des Instituts der deutschen Wirtschaft mit finanzieller Unterstützung der Stiftung Klimaneutralität.

„Der Emissionshandel bleibt die tragende Säule für den europäischen Klimaschutz. Er allein reicht aber nicht aus, damit Unternehmen in klimaneutrale Verfahren investieren und diese wirtschaftlich betreiben können“, sagt Dr. Felix Chr. Matthes, Forschungskordinator Energie- und Klimapolitik am Öko-Institut. „Entscheidend ist ein verlässlicher Rahmen, der Unternehmen Planungssicherheit gibt und zugleich die Transformation beschleunigt.“

Industrie in den Fokus rücken

Der EU-Emissionshandel (EU-ETS 1) hat seit 2005 entscheidend dazu beigetragen, Treibhausgasemissionen in Energiewirtschaft und Industrie zu senken. In Deutschland gingen die vom EU-ETS 1 erfassten Emissionen um rund 49 Prozent zurück, europaweit um 51 Prozent. Während bisher ein großer Teil der Minderung aus der Energiewirtschaft kam, rückt nun die Industrie stärker in den Fokus.

Die energieintensiven Branchen wie Stahl, Zement und Chemie stehen jedoch vor hohen Investitionskosten, unsicheren Absatzmärkten und steigendem internationalen Wettbewerbsdruck. Gleichzeitig laufen die kostenlosen Zuteilungen schrittweise aus, die energieintensive Unternehmen bislang im internationalen Wettbewerb entlastet haben.

„Bei der aktuellen Reform ist die Situation der Industrie zu berücksichtigen. Die geoökonomischen Rahmenbedingungen für fast alle Industriebranchen haben sich verschlechtert: Der Ukraine- und der Iran-Krieg verteuern fossile Energie, chinesische Überkapazitäten und handelspolitische Verwerfungen erhöhen den Wettbewerbsdruck“, so Matthes. „Deshalb muss die Reform des Emissionshandels mit weiteren Maßnahmen begleitet werden.“

Welche Maßnahmen der Industrie helfen können

Für den klimaneutralen Umbau der Industrie sind gezielte Maßnahmen für Elektrifizierung, Wasserstoff und CO₂-Abscheidung und -Speicherung nötig.

Pressekontakt

Telefon: +49 30 405085-333

E-Mail: presse@oeko.de

Öffentlichkeit & Kommunikation

Mandy Schoßig

Borkumstraße 2

D-13189 Berlin

Telefon: +49 30 405085-334

E-Mail: m.schoessig@oeko.de

Sie federn höhere Betriebskosten ab und stellen den Infrastrukturausbau sicher. Zudem kann sektorspezifisch für energieintensive Industrien die Nachfrageseite über öffentliche und private Märkte adressiert werden. Viele klimafreundliche Industrieprozesse sind technisch umsetzbar, aber wirtschaftlich noch nicht tragfähig, so die Studie. Deshalb raten die Autor*innen, die Betriebskostenrisiken zu begrenzen, Infrastrukturentscheidungen zu beschleunigen und Investitionen gezielt zu unterstützen und unterbreiten konkrete Vorschläge bzw. beschreiben die notwendigen Maßnahmenpakete.

Pressekontakt

Telefon: +49 30 405085-333

E-Mail: presse@oeko.de

Öffentlichkeit & Kommunikation

Mandy Schoßig

Borkumstraße 2

D-13189 Berlin

Telefon: +49 30 405085-334

E-Mail: m.schoessig@oeko.de

Emissionshandel als tragende Säule

Für die anstehende Reform des EU-ETS 1 empfiehlt die Studie, alle Elemente gemeinsam zu betrachten und macht konkrete Vorschläge in der ganzen Breite des Regelwerkes. Die Obergrenze der Emissionen („Cap“), Marktstabilitätsreserve und kostenlose Zuteilung sollten so weiterentwickelt werden, dass sie Planungssicherheit schaffen, Preissignale stabilisieren und Investitionen in klimafreundliche Verfahren ermöglichen.

Das Cap sollte ab Mitte der 2030er Jahre an die europäischen Klimaziele für 2040 und 2050 angepasst werden. Die Marktstabilitätsreserve sollte zu einem Mechanismus zur Versorgung der unvermeidbaren industriellen Emissionen sowie zur Kanalisierung von Senken-Zertifikaten weiterentwickelt werden.

Die Einnahmen aus dem EU-ETS 1 sollten zweckgebunden für den Umbau von Industrie und Energiesystem genutzt werden. Laut der Studie sollte die kostenlose Zuteilung für einen Zeitraum von nicht mehr als fünf Jahren länger erhalten bleiben, wo weiterhin erhebliche Wettbewerbs- und Verlagerungsrisiken bestehen bzw. der unbedingte nötige Grenzausgleichsmechanismus der EU (CBAM) seine Wirksamkeit noch nicht hinreichend robust nachgewiesen hat.

Klimapolitik braucht Einbettung in Handels- und Industriepolitik

Die dominanten Treiber hinter der aktuellen Krise der Grundstoffindustrien sind geoökonomischer Natur: Industriesubventionen, Wechselkurspolitiken und zunehmender Protektionismus, der durch die Umlenkung von Exporten nicht nur direkte, sondern auch indirekte Effekte für Europa hat. Klimapolitische Instrumente können diesen Druck nicht ausgleichen – letztlich ist auch eine gezielte handels- und industriepolitische Flankierung notwendig.

[Studie „Reform des EU-ETS-1 und flankierende Instrumente: Ein Policy Mix für die Dekarbonisierung der Industrie“](#)

Diese Studie entstand im Öko-Institut e.V. in Kooperation mit dem Institut der Deutschen Wirtschaft e.V. und wurde gefördert durch die Stiftung Klimaneutralität.

Ansprechpartner am Öko-Institut

Dr. Felix Chr. Matthes
Forschungskordinator Energie- und Klimapolitik
im Institutsbereich Energie & Klimaschutz
Öko-Institut e. V., Büro Berlin
Telefon: +49 30 405085-330
E-Mail: f.matthes@oeko.de

Pressekontakt

Telefon: +49 30 405085-333
E-Mail: presse@oeko.de

Öffentlichkeit & Kommunikation

Mandy Schoßig
Borkumstraße 2
D-13189 Berlin

Telefon: +49 30 405085-334
E-Mail: m.schoessig@oeko.de

Das Öko-Institut ist seit seiner Gründung vor mehr als 40 Jahren eine der europaweit führenden, unabhängigen Forschungs- und Beratungseinrichtungen für eine nachhaltige Zukunft. Es erarbeitet Grundlagen und Strategien, wie die Vision einer nachhaltigen Entwicklung global, national und lokal umgesetzt werden kann. Das Institut ist an den Standorten Freiburg, Darmstadt und Berlin vertreten.

oeko.de | [Podcast](#) | [Blog](#) | [Bluesky](#) | [Instagram](#) | [Onlinemagazin](#)